

Trostberger Tagblatt 9.3.19

# Freie Wähler an Wahlversprechen erinnert

## Initiative „Stopp TTIP BGL/TS“ übergibt Schreiben an Hubert Aiwanger

**Traunstein/Deggendorf.** Die heimische Initiative „Stopp TTIP BGL/TS“ hat Station beim Politischen Aschermittwoch in Niederbayern, genauer bei der Veranstaltung der Freien Wähler in Deggendorf, gemacht.

„Standhaft bleiben und CETA ablehnen!“

Das Motto des ungewöhnlichen Gastspiels lautete „Freie Wähler in Bayern, standhaft bleiben und CETA ablehnen!“ Man wolle an das Versprechen der Partei von Hubert Aiwanger erinnern, im Falle einer Regierungsbeteiligung CETA, das Handelsabkommen der EU mit Kanada, im Bundesrat abzulehnen, so Franz Rieger von „Stopp TTIP BGL/TS“. Wenn die FW in Bayern CETA nicht zustimmen, muss sich die Landesregierung im Bundesrat enthalten, was wie ein Nein gezählt wird.



Bei der Aschermittwochkundgebung der Freien Wähler in Deggendorf forderten Margot und Franz Rieger FW-Chef und stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger auf, das Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada abzulehnen.

– Foto: privat

So überreichte die vierköpfige Delegation dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger ein Schreiben. In diesem weiteren Privatisierung der öf-

fentlichen Daseinsvorsorge beitragen würde“. Der im Vertrag enthaltene Regulierungsrat bewirke die Aushöhlung von Demokratie, Rechtsstaat und nationaler Souveränität, ist Franz Rieger überzeugt. „Nach wie vor ist vor dem Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen das Abkommen anhängig, ob CETA mit dem Grundgesetz vereinbar ist“, sagt der Obinger. Gleiches gelte für eine noch ausstehende Entscheidung des EuGH, ob die Schiedsgerichte dem EU-Recht entsprechen. Zur Resonanz bei der Aschermittwochkundgebung in der Deggendorfer Stadthalle sagt Rieger: „Vielen der anwesenden Teilnehmer war die Brisanz von CETA durchaus bewusst, und sie sagten: ‚Das muss auf jeden Fall abgelehnt werden!‘“ Diese Reaktionen würden die heimische Initiative in ihrem Engagement gegen die „undemokratischen so genannten Handelsabkommen“ bestärken.

– t